



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Schnabel, Franz: Kardinal Kopps Bedeutung für den politischen  
Katholizismus in Deutschland

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Kardinal Kopps Bedeutung für den politischen Katholizismus in Deutschland

Von Dr. Franz Schnabel



Als Kardinal und Fürstbischof Georg Kopp am 4. März dieses Jahres starb — kurz nachdem er durch seine Haltung in der Gewerkschaftsfrage den zahlreichen Rätseln und unerwarteten Schritten seiner politischen Laufbahn noch einmal für viele eine neue Überraschung hinzugefügt hatte —, da sind sich trotzdem alle Parteien und die Organe aller Richtungen, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, in bemerkenswerter Weise einig gewesen über die Bedeutung des verstorbenen Kirchenfürsten, über seinen Charakter und über seine Persönlichkeit. Die Worte der Anerkennung, die ihm gezollt wurden, erntete er freilich aus gar verschiedenen Gründen, je nach dem Ausgangspunkte der Urteilenden; aber es war doch bezeichnend für diesen Mann, daß fast keine Parteiäußerung vorlag, die nicht in irgendeiner Weise sich von den üblichen Nachrufen unterschied, welche die Parteiorgane dem verstorbenen Anhänger einer gegnerischen Richtung zu widmen pflegen. Auf der einen Seite anerkannte man die Haltung des Fürstbischofs in der Polenfrage und sein Bestreben, jeden sichtbaren Konflikt mit der Staatsgewalt zu meiden — und darin war er in der Tat den nationalen Forderungen wenigstens in der praktischen Politik zum Teil entgegengekommen und hatte eine Bahn betreten, welche dem politischen Katholizismus bis dahin unbekannt gewesen war; auf der anderen Seite rühmten ihn sozialdemokratische Blätter auf ihre Weise, weil er die Prinzipien der Autorität, des Konfessionalismus und der konservativen Politik bis in ihre letzten Konsequenzen und bis in die Arbeiterfrage hinein verfolgt habe und nicht durch den klerikalen „Revisionismus“ der „Kölner“ alle Begriffe verwirren ließ. So gingen die Preßstimmen in den verschiedensten Abtönungen von rechts nach links und von links nach rechts, so daß man allein schon aus diesen Urteilen, die bei aller Zurückweisung der prinzipiellen Anschauungen doch den Politiker und Taktiker nicht völlig verwarfen, den Schluß zu ziehen berechtigt war, daß man es hier nicht mit einem Parteipolitiker zu tun hatte, der im festgefügtten Rahmen einer bestimmten Partei geworden war.

Deutlich zeigen dies auch die Nekrologe der Zentrumsblätter. Sein Tod war ja erfolgt mitten in den Kämpfen, die er durch sein einseitiges Eingreifen

bis an die Grenze einer Spaltung innerhalb der Zentrumsparlei hinaufgetrieben hatte. Etwas davon zitterte auch in den Äußerungen bei seinem Tode nach, so sehr man sich auch innerhalb der Partei besleißigte, die Gegensätze nach außen hin zu dämpfen. Die Kölnische Volkszeitung, das führende Blatt der von dem Fürstbischof so hart mitgenommenen Kölner, rühmte natürlich ohne Einschränkung seine kirchlichen und kirchenpolitischen Leistungen; aber sie wollte am Schlusse doch nicht ganz jene peinlichen Auseinandersetzungen der letzten Jahre übergehen, welche dadurch hervorgerufen worden waren, daß Fürstbischof Kopp „in einzelnen, unser öffentliches Leben bewegenden Fragen eine andere Stellung eingenommen hat, als die in der Zentrumsparlei organisierten Katholiken“\*). Sie meinte damit in erster Linie seine Stellung und sein Vorgehen in der Gewerkschaftsfrage; aber es wird dabei nicht unnütz sein, zugleich daran zu erinnern, daß derselbe Bischof, den am Ende seiner Tage der Streit im Zentrums-lager umtobte, einst schon im Gegensatz zum Zentrum die politische Bühne betreten hatte. Ein gut Stück seines politischen Lebensweges fällt mit der Zentrums-geschichte zusammen, wenn er auch niemals völlig mit den Ausschlag gebenden Zentrumsführern harmoniert hat. Die erfolgreichste Periode des Zentrums steht in hohem Grade im Zeichen seiner Politik, wenngleich niemals von bedingungslosem Zusammengehen die Rede ist; er hat den deutschen Ultramontanen seine Anschauung dessen, was ihm in der augenblicklichen politischen und kirchlichen Lage als notwendig erschien, eingeimpft, hat als echter Diplomat und Opportunitätspolitiker öfters sich gewendet, während allerdings die massivere, weniger anpassungsfähige Parteiorganisation nicht immer so rasch folgen konnte. Ziel und Zweck waren freilich stets die altererbten des Klerikalismus; es ist da völlig unmöglich, individuelle Unterschiede machen zu wollen oder nach feineren Differenzen oder wechselseitigen Beeinflussungen zu suchen. Das bedarf auch weiter keiner Ausführung und Erläuterung. Wollten wir Kopp's Grundanschauungen entwickeln, so brauchten wir einfach nur das oft dargestellte System ultramontaner Weltanschauung nochmals zu erläutern\*\*); eine besondere persönliche Bedeutung könnte dabei dem Fürstbischof niemals zugesprochen werden. Alles, was sich von einer besonderen, ungewöhnlichen Art des Verhältnisses zwischen dem Fürstbischof Kopp und dem politischen Katholizismus in Deutschland sagen läßt, bezieht sich immer nur auf Fragen der praktischen Politik. In diesen Dingen haben die Zeiten des Gegensatzes und die Zeiten der erfolgreichen Werbetätigkeit im Leben des bischöflichen Politikers sich gegenseitig mehrfach abgelöst; aber es fragt sich doch, ob darum die vielen Stimmen recht haben, welche ihm diese Schwankungen als die große Inkonsequenz seines Lebens gebucht haben, oder ob nicht auch da vieles als notwendiger Ausfluß der Persönlichkeit, der politischen Grundanschauungen und der politischen Wandlungen zu deuten ist.

\*) Kölnische Volkszeitung Nr. 193 vom 4. März 1914.

\*\*\*) Vgl. L. Götz, Der Ultramontanismus als Weltanschauung. Bonn 1905.

Man muß sich zunächst genau die Konstellation vor Augen halten, unter der er zum ersten Male und gleich an entscheidender Stelle in den großen Gang der politischen Ereignisse eingegriffen hat. Der Kulturkampf hatte seinen Höhepunkt überschritten. Er war ein Versuch des modernen Staates gewesen, ein richtiges Verhältnis zur römischen Kirche zu finden; aber trotz mancher Errungenschaften, die dauernd blieben und bleiben mußten, war es doch schon gegen Ende der siebziger Jahre klar geworden, daß der Abbau der Kampfgesetze erfolgen werde. Dahin drängte die ganze Bismarcksche Politik aus sehr verschiedenen Gründen, zumal durch den Thronwechsel im Vatikan im Jahre 1878, dem der Rücktritt des Kultusministers Falk in Preußen anderthalb Jahre später folgte, das Eis gebrochen und auf beiden Seiten der Boden zu einem Ausgleich geebnet war. Die damaligen Versöhnungsbestrebungen, die in der persönlichen Zusammenkunft Bismarcks mit dem Kardinalstaatssekretär Jacobini zu Salzburg gipfelten, scheiterten freilich schließlich doch an den hochgespannten Forderungen der Kurie und dem geringen Entgegenkommen des Zentrums in den großen Reichsfragen der damaligen Bismarckschen Politik; aber wenn es auch nicht sofort zu gesetzgeberischen Resultaten kam, so schritt man doch beiderseits auf dem eingeschlagenen Wege der Annäherung weiter. Das geeignetste Mittel dazu war ohne Zweifel, für diplomatische Verbindungen zwischen Berlin und dem Vatikan zu sorgen. Nach allem, was im vergangenen Jahrzehnt geschehen war, und überhaupt schon seiner ganzen Staatsauffassung nach wollte und konnte Bismarck einen Ausgleich niemals durch Paktieren mit der Zentrumsfraktion unternehmen; sondern seine Absicht war es gerade, über die Köpfe der Zentrumsführer hinweg die diplomatischen Drähte nach Rom zu spannen. Denn wenn auf diesem Wege einmal der Friede geschlossen war, dann durfte Bismarck hoffen, daß auch die parlamentarische Vertretung des Klerikalismus in ihrer ganzen Haltung alledem Rechnung tragen mußte, was die kirchlichen Diplomaten und Würdenträger im päpstlichen Staatssekretariate beschlossen hatten. Und auf der andern Seite konnte es auch der Kurie nur recht sein, wenn die entscheidenden Verhandlungen von ihr und ihren Beauftragten allein geführt wurden.

In Rom wie in Berlin war man also innerlich zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen geneigt, ohne daß man schon so weit gewesen wäre, offiziell die Gesandtschaft wieder herzustellen, deren Aufhebung einst das Signal zum Kulturkampfe gegeben hatte. Man brauchte daher einen geeigneten diplomatischen Vermittler, der ohne selbst in seiner Person schon eine äußerliche und förmliche Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zu bedeuten, dennoch fähig war, eine solche anzubahnen. Zur Übernahme einer derartigen, von der Kurie wie der Regierung zugleich übertragenen Vertrauensstellung konnte nur ein Vertreter des deutschen Episkopates in Betracht kommen, der in Rom als zuverlässig und in Berlin als versöhnlich bekannt war. Unter den augenblicklichen Inhabern der bischöflichen Gewalt in Deutschland war keiner dieser Art zu finden,

sie waren ja alle durch ihre feindliche Stellung gegen Bismarck politisch verbracht. Eine Verständigung in der Frage der durch Urteilspruch des kirchlichen Staatsgerichtshofes erledigten Bischofsstühle war auch nur im Zusammenhang mit der Liquidierung des ganzen kirchlichen Streites zu ermöglichen. So konnte es zu der seit Beginn des Kulturkampfes ersten Verständigung bei der Neubesezung eines Bistums nur dort kommen, wo es sich um einen durch Todesfall verwaisten Sitz handelte. Dieser Fall war in Trier und Fulda. Bei beiden Gelegenheiten zeigte die Regierung eine äußerst weitgehende Nachgiebigkeit, um die gewünschte Annäherung zu ermöglichen, und so wurden 1881 Korum in Trier und Georg Kopp in Fulda Bischöfe. Das Opfer, das die preussische Regierung bei dem einen, dem Erzpriester Korum von Straßburg, brachte, war groß, und ihre letzten Absichten dabei sind auch heute noch nicht ganz klar; bei dem anderen aber, bei Kopp, ist es sicher, daß sie in ihm einen Bischof zu finden hoffte, der zur Beruhigung des katholischen Volkes beitragen, für den Frieden zwischen Staat und Kirche wirken werde und in diesem Sinne auch die abgerissenen Beziehungen zwischen Staat und Kirche wieder anzuknüpfen befähigt sei. Man möchte fast sagen, Regierung und Vatikan gaben ihm mit dem Bischofsstab zugleich den Auftrag, an der beiderseitigen Versöhnung zu arbeiten. Das sollte mit zu seinen Amtspflichten gehören, die ihm die Wahl auferlegte; als offizieller Friedensstifter erschien er unter den Streitern des Klerikalismus.

Er war damals schon eine Persönlichkeit und so etwas wie ein Programm; darum verfiel man auf ihn. Er hatte schon damals gewußt, eigene Wege zu wandeln und hatte schon in den Wirren des Kulturkampfes dem Staate gegenüber sich entgegenkommender gezeigt als die anderen — bei allem strengen Festhalten an den kirchlichen Grundsätzen. Das mochte wahrlich nicht leicht gewesen sein für den Domkapitular und Generalvikar des preussischen Bistums Hildesheim, und auch er hatte es schließlich im Widerstand gegen die Staatsgesetze auf hohe Geldstrafen ankommen lassen; aber im ganzen war es ihm doch geglückt, zwischen den gefährlichen Klippen hindurchzusegeln. So konnte er der Anerkennung beider Mächte gewiß sein — wenigstens dann, als sie zueinander wollten; und das zeugt immerhin für die Feinheit seines politischen Taktes, die sich selbst in dieser schwierigen Lage bewährt hatte. Das wird es denn auch gewesen sein, was den Vatikan bewog, sich mit Umgehung des wahlberechtigten Domkapitels, das in den Kulturkampfzeiten auf ein einziges Mitglied zusammengeschmolzen war, direkt mit der Regierung über seine Ernennung zu verständigen. Und daß diese ihrerseits den Erwählten von dem durch die Maigesetze vorgeschriebenen Staats Eid dispensierte, zeigt, wie sehr gleich mit seiner Berufung der Abbau der Maigesetze einsetzt und wie viel sich die Regierung von Kopps Wirksamkeit in seiner Diözese und wohl auch in den Ausgleichsverhandlungen mit Rom versprach.

Den auf ihn von beiden Seiten gesetzten Erwartungen hat der neue Bischof bald genug entsprochen: er wurde offenbar ein Vermittler zwischen Rom und

dem Vatikan, und hat schon dadurch allein einen ganz hervorragenden Einfluß auf die Wandlung gewonnen, die sich allmählich auch in der Haltung der Klerikalen dem Staate gegenüber vollzog\*). Vom Standpunkt des preußischen Staates und seiner Traditionen war es immerhin sehr viel, daß man die selbsttätige Vermittlung eines preußischen Untertanen und katholischen Prälaten bei Unterhandlungen mit der römischen Macht in Anspruch nahm, ohne daß dieser Vermittler, wie man es einige Jahre vorher mit dem Kardinal Hohenlohe im Sinne hatte, als staatlicher Beauftragter fungierte und von den Interessen des Staates ausging. Regel der preußischen Kirchenpolitik war das bisher nie gewesen. Solange die „katholische Abteilung“ bestanden hatte, waren zwar die Stimmen des deutschen Episkopates wenigstens indirekt gehört worden, aber auch da waren im großen und ganzen die Abmachungen in Rom selbst geschlossen worden zwischen dem Regierungsvertreter und der römischen Kanzlei, die alle Dinge nur vom Standpunkt der päpstlichen Zentralisation aus zu beurteilen vermochte. Vollends aber früher, unter Hardenberg und Altenstein, war es preußischer Grundsatz gewesen, alle Fragen schlechtweg zwischen Berlin und Vatikan abzumachen, ohne daß die Bischöfe, die doch jedenfalls mehr als die römische Kanzlei von der wirklichen Lage der Dinge in Deutschland wußten, gehört wurden. Das alles faßte Bismarck jetzt ganz anders an. Er wollte Frieden haben und brauchte jemanden, der im Vatikan gehört wurde und den Theoretikern dort klar machte, daß ohne ein gewisses Maß von Konzessionen der auch im Vatikan gewünschte Friede nicht zu haben sei. Daß ein solcher Abschluß unter Umständen nicht ungefährlich war, kam für Bismarck als Bedenken neben der gebieterischen Not der derzeitigen Lage erst zu zweit in Betracht. Die Hauptsache blieb, daß durch den neuen Bischof die Zentrumsparthei, die sich so gern als die wahre Repräsentantin der katholischen Interessen in Deutschland aufspielte, nun gerade in dieser, die Kirche am nächsten berührenden Sache ausgeschaltet war. Damit mußte allein schon die diplomatische Tätigkeit Kopps an sich, ganz abgesehen von dem Sinne, in dem sie von ihm ausgeübt wurde, für das Zentrum unangenehm werden. Dieses war auf ganz bestimmte kirchenpolitische Ziele, auch in den Einzelfragen, so ziemlich festgelegt und hatte eine große Anzahl von Bedingungen als notwendige Voraussetzung jeder friedlichen Einigung hingestellt. Die Zentrumsparthei beruhte zudem in ihrer ganzen Existenz auf dem Glauben des katholischen Volksteils, daß sie die einzig zuverlässige und unentbehrliche Vertreterin seiner kirchlichen Interessen in der Politik sei; und nun mußte sie zusehen, daß jetzt über ihren Kopf hinweg der große diplomatische Apparat in Bewegung gesetzt wurde, an dem sie selber nicht

\*) Wenn zu der Zeit, wo die Verhandlungen noch schwebten, Kopps Anteilnahme daran von der Kurie durch das auf ausdrücklichen päpstlichen Wunsch veröffentlichte Schreiben des Kardinalstaatssekretärs Jakobini an Kopp vom 4. Dezember 1886 bestritten wurde, so ist das natürlich kein historischer Gegenbeweis. Kopp selbst hat sich im Herrenhaus als offizieller Beauftragter bezeichnet.

mit daran saß. Man muß sich dieses Hauptproblem des ganzen Zentrumsdaseins immer wieder klar machen; denn daß neben den parlamentarischen Verhandlungen zwischen Regierung und Zentrum noch die diplomatische zwischen Regierung und Kurie herläuft und daß die letzte das entscheidende Wort spricht, erklärt vieles und ist von besonderer Wichtigkeit auch bei der Kopp'schen Aktion gewesen. Das Zentrum blieb nach wie vor für die Kurie unentbehrlich in diesen Unterhandlungen als ein Machtfaktor, den sie zu ihren Gunsten jederzeit in die Waagschale werfen konnte; aber die Entscheidung lag von dem Augenblick an, wo die Unterhandlungen begannen, nicht mehr bei ihm. Es wurde vor vollendete Tatsachen gestellt, vor Gesetzesvorlagen, wie sie vom Vatikan, Ministerium und Herrenhaus mühsam zurechtgezimmert worden waren, und mußte sie schließlich annehmen, ganz gleich, ob es innerlich zustimmte oder lieber den Kampf weiter fortgesetzt hätte. Wider seinen Willen und nicht ohne Kämpfe ward der politische Katholizismus Deutschlands, der sich im Zentrum das Organ seiner Äußerung geschaffen hatte, von Kopp in die Bahn eines friedlichen Verhältnisses von Staat und Kirche gezwungen.

Die ersten Stappen des großen Unternehmens sind in tiefes Dunkel gehüllt und werden, wenn überhaupt jemals, so erst dann deutlich zu verfolgen sein, wenn einmal die vatikanischen Archive über diese Jahre geöffnet sind — d. h., nach dem heutigen Tempo berechnet, nach Jahrhunderten. Tatsache ist jedenfalls das: gerade in dem Augenblick, wo die diplomatischen Vorverhandlungen beendet waren und man, noch ohne gegenseitig völlig miteinander ins reine gekommen zu sein, doch an die gesetzgeberische Ausarbeitung des Veröhnungswerkes herantreten wollte, wurde Bischof Kopp von Fulda zum Mitglied des preußischen Herrenhauses ernannt. Diese Berufung war etwas in der Geschichte des preußischen Staates ganz Ungewöhnliches. Unter anderen Umständen und Zeitverhältnissen hätte man sie als große Konzession an das Zentrum ansehen müssen; von Bismarck jedoch war sie eher als Schachzug gegen das Zentrum gedacht. Er berief den Bischof der kleinen Diözese, weil dieser allein öffentlich für eine Veröhnung gearbeitet hatte, und weil er durch seine sichere Mitwirkung an den bevorstehenden Gesetzesberatungen im Herrenhaus die Anerkennung des endgültigen Ausgleichs beim katholischen Volke verbürgen konnte. Von seiner erprobten Klugheit konnte man erwarten, daß er niemals die Grenzen überschreiten werde, an denen, wie ihm bekannt war, jede Veröhnung scheitern mußte, und daß er daher mindestens an diesen Grenzen stets Halt machen werde mit seinem Bestreben, im Sinne der Kurie mehr zu erlangen, als was die Regierung vorerst einmal der Volksrepräsentation als Ergebnis ihrer Ausgleichsverhandlungen vorzuschlagen wagte. Zu weiteren Zugeständnissen innerhalb dieser Grenzen sollte die Regierung dann schon zu haben sein.

Mitte Januar 1886 war die Ernennung erfolgt. Bald darauf, schon am 14. Februar, ging dem Herrenhaus — und nicht zuerst dem Abgeordnetenhaus — ein Gesekentwurf zu, welcher die Aufhebung einer großen Anzahl von

Bestimmungen der Maigesetzgebung von 1873 zum Zweck hatte\*). War durch die Novellen von 1880 bis 1883, die den Anfang mit dem Abbau gemacht hatten, doch nur das wieder gutzumachen versucht worden, was in der Diözesanverwaltung und der Seelsorge durch den Widerstand der Geistlichkeit gegen die Maigesetze in Zerrüttung geraten war, so enthielt der jetzige Entwurf wirkliche Konzessionen an die Forderungen der Kirche nach Bewegungsfreiheit: er hob das Kulturexamen und den kirchlichen Gerichtshof auf und beschränkte in erheblicher Weise den Einfluß des Staates auf die Heranbildung der Geistlichen in Konvikten und Seminarien. Da die Unterhandlungen des preußischen Gesandten von Schlözer mit dem Kardinalstaatssekretär Jacobini noch nicht abgeschlossen waren, so konnte die Regierung für diesen großen Rückzug noch keine Gegenkonzessionen aufweisen. Sie versäumte es aber nicht, dem Hause ausdrücklich zu bemerken, daß von einem Zugeständnis an das Zentrum gar keine Rede sein könne. Die Gesetzeswürfe waren das vorläufige erste Ergebnis der Verhandlungen mit dem Vatikan, und die Regierung wäre schon früher mit ihrem Entwurfe hervorgetreten, wenn sie nicht den Schein gefürchtet hätte, als sei sie durch die Drohungen und Angriffe des Zentrums in Reichstag und Landtag zu Entschliefungen geführt worden, welche sie freiwillig nie gefaßt haben würde. Bismarck schob also die Schuld an der Verzögerung auf das Zentrum und verband zugleich mit seinen Konzessionen an die katholische Kirche einen scharfen Vorstoß gegen Windthorst; das beleuchtet deutlich die ganze Lage!

Die Regierungsvorlage wanderte in die Herrenhauskommission, deren Sitzungen auch Bischof Kopp bewohnte\*\*). Er brachte eine Reihe von Anträgen ein, welche die Zugeständnisse des Entwurfes noch vermehren sollten; er wollte die Bestimmung gestrichen haben, daß Seminarlehrer, welche dem Staate „minder genehm“ waren, nicht angestellt werden konnten, er wollte die Berufung an den Staat gegen kirchliche Entscheidungen aufgehoben wissen, und die Beschränkung der Amtshandlungen nicht rechtsgültig angestellter Priester auf die Notfälle wollte er ebenfalls streichen. Lange debattierte die Kommission über diese Anträge; sie forderte Gegenkonzessionen der Kurie, und die Regierung, welche auf solche sicher gerechnet hatte, verlangte jetzt in Rom endgültige Gewährung der Anzeigepflicht bei Besetzung erledigter Pfarrstellen, worüber man seit langem unterhandelte. Bischof Kopp erklärte in der Kommissionssitzung des 10. März, daß er nicht in der Lage sei, die Bereitwilligkeit des Papstes zur Erfüllung der Anzeigepflicht in Aussicht zu stellen; denn Jacobini wollte der Anzeigepflicht nur für die Besetzung der damals erledigten Pfarreien nachkommen. Das konnte weder der Regierung noch der Majorität des Herrenhauses genügen, und so lehnte diese mit dreizehn gegen fünf Stimmen die Kopp'schen Anträge ab. Bischof

\*) Zur ersten Orientierung vgl. A. Böhlingk, „Bismarck und das päpstliche Rom“, Berlin 1911, S. 403 ff.; ich habe meine Stellung zu dem Buche in der Deutschen Literaturzeitung 1912, Nr. 18, dargelegt.

\*\*\*) Schultzeß-Delbrück, Europäischer Geschichtskalender 1886. S. 59/61, 78/80.

Kopp selbst war fest überzeugt, daß seine drei Amendements auch im Plenum auf keine Annahme rechnen konnten, falls nicht dauernde Anzeigepflicht gewährt würde. Am Tage vor der entscheidenden Herrenhausitzung, am 26. März, telegraphierte\*) er, im Einverständnis mit fünf katholischen Herrenhausmitgliedern, die sich bei ihm zur Beratung eingefunden hatten, in diesem Sinne nach Rom. Es war freilich zu spät, und nur durch besondere Verwendung der Regierung lehnte das Haus die Vorlage nicht ab, sondern wies sie an die Kommission zurück. Damit war der Kurie nochmals Zeit gegeben; die Regierung ließ Schölzer nach Berlin kommen, aber auch er brachte nicht mehr als eine sehr verklausulierte und im Grunde wertlose Note der Kurie vom 26. März, wonach sie bei Annahme der Kommissionsbeschlüsse samt den Kopp'schen Anträgen bereit war, dem Staate zu gestatten, seine Einwände gegen neu ernannte Priester vorzubringen, wenn der „religiöse Friede“ hergestellt sei. Als der Kultusminister in der auf seinen eigenen Wunsch anberaumten zweiten Kommissionsitzung am 5. April diesen Bericht Schölzers zur Kenntnis brachte, mußte er ihn für im wesentlichen identisch mit der Auskunft Kopp's in der ersten Kommissionsitzung erklären: das Veröhnungswerk schien damit gescheitert.

Aber die Kurie hatte schon nachgegeben. In einer vom 4. April datierten Note erklärte Jakobini — offenbar von dem Ernste der Situation unterrichtet —, die Kurie sei bereit, schon jetzt die Anzeigepflicht ohne Rückhalt zu bewilligen, sobald die Regierung die Erklärung abgebe, daß sie in nächster Zeit eine weitere Revision der Maigesetzgebung dem Landtage vorschlagen wolle; die Hauptsache, um die sich der ganze Kampf drehte, die Anzeigepflicht in einer das Einspruchsrecht des Staates in sich schließenden Form war damit, sogar gegen ein nur allgemeines Versprechen der Regierung eingeräumt. Kultusminister Gokler sandte die Note ans Herrenhaus, wo am 12. und 13. April die entscheidende Verhandlung stattfand.

Bei der Abstimmung wurde die Vorlage samt den Kopp'schen Anträgen mit einhundertdreiundzwanzig gegen sechsundvierzig Stimmen angenommen; Bismarck und der Justizminister Friedberg gingen mit der Majorität, während die liberalen Mitglieder des Hauses, in deren Sinn Beseler und Miquel gesprochen hatten, dagegen stimmten.

Zwischen die entscheidende Herrenhausitzung und die Eröffnung der Abgeordnetenhausberatung fällt die Note Jakobini's vom 25. April, in welcher der Papst — nachdem die Regierung zwei Tage vorher ihre Bereitwilligkeit zu weiterer Revision der Maigesetze zugesichert hatte — aus eigener Initiative und ohne die vollständige Erfüllung der ausgesprochenen Voraussetzungen abzuwarten, die Anzeige für die gegenwärtig vakanten Pfarreien schon von jetzt ab eintreten ließ. So konnte Gokler vor das Abgeordnetenhaus mit der vollendeten Tatsache hintreten, daß die Bischöfe auf die päpstliche Weisung hin

\*) Offizielle Erklärung des Föhrn. von Solemacher = Antweiler vom 17. April 1886; Schulthess = Delbrück S. 90.

die Anzeige an die Oberpräsidenten bereits gemacht hätten. Eine Majorität, allerdings ohne die Nationalliberalen\*), war damit für Kopp gesichert.

Bemerkenswert in unserem Zusammenhang ist noch die Haltung des Zentrums. Die Verteidigung der Vorlage war von Bismarck von Anfang an mit gleichzeitigen starken Angriffen gegen das Zentrum geführt worden, und noch in seiner Herrenhausrede spielte er die höchste kirchliche Autorität, mit der er den Frieden geschlossen, gegen die Zentrumsparlei aus. Trotzdem mußte diese seiner, vom Papste gebilligten Vorlage zustimmen und sich — zum ersten Male — von den Polen trennen, für deren Bistum der Entwurf Ausnahmebestimmungen enthielt. Windthorst tat es, aber er übernahm die Verteidigung des Gesetzeswurfes im Abgeordnetenhaus nicht und ebensowenig die der Kopp'schen Anträge. Und im nächsten Jahre, dem Jahre des Septennatsstreites, wiederholte sich dann das gleiche Spiel. Wieder brachte Bismarck eine Reihe von Kirchennovellen beim Herrenhaus ein, die wieder auf einer vorhergehenden Verständigung mit dem heiligen Stuhl beruhten und gegen die sich abermals eine stumme Opposition in den Reihen des Zentrums fühlbar machte. Auch Kopp brachte wiederum weitergehende Anträge ein, nach seiner Versicherung auf ausdrücklichen Wunsch des Papstes, und gab, als er sah, daß er damit nicht zum Ziele gelangte, die Erklärung ab, er werde auch für die Regierungsvorlage eintreten, um sich nicht in Gegensatz zu der Friedensarbeit zwischen Staat und Kirche zu setzen. Er hoffte dabei, daß im Abgeordnetenhaus in einem oder dem anderen Punkte die Wünsche der Kirche mehr berücksichtigt würden. Dort wäre es nun die Aufgabe des Zentrums gewesen, in diesem Sinne zu wirken. Statt dessen erklärte die „Germania“ das Gesetz einfach für unannehmbar, weil es weder das Jesuitengesetz, noch das Ausweisungsgesetz aufhebe und darum nicht als die versprochene Gegenleistung für die Gewährung der Anzeigepflicht gelten könne. Das war offener Gegensatz gegen die Kopp'sche Politik, der nur mit Mühe wenigstens äußerlich wieder verkleistert werden konnte durch einen päpstlichen Spezialgesandten, Galimberti, welcher mit Kopp und Windthorst unterhandelte und die päpstliche Meinung dem Zentrum gegenüber durchsetzte; er erklärte offen einem Berichtstatter der Kölnischen Zeitung, nach Ansicht des heiligen Stuhles sei mit der Annahme der Novelle der Kulturkampf beendet, und verwies zur Erfüllung kleinerer Wünsche auf den diplomatischen Weg. Ein Schreiben Leos des Dreizehnten veranlaßte darauf das Zentrum, von einer Opposition abzulassen. Man verhielt sich völlig passiv, indem man sich nicht an der Diskussion im Abgeordnetenhaus beteiligte; vielmehr verlas Windthorst im Namen seiner Fraktion nur die Erklärung, daß sie der Aufforderung des Papstes Folge leisten werde und für die Vorlage stimme, wenn diese nicht zu Ungunsten der kirchlichen Freiheit verändert werde\*\*).

\*) Vgl. H. Onken, Bennigsen. 1910. Bd. 2, S. 525—529.

\*\*\*) Schultheß = Delbrück, 1887, das. S. 85, 99/104, 111/31.

Für Kopp's Lebenswerk ist der Gegensatz, der sich hier aufstellt, sehr charakteristisch. Es war eine Art Krise innerhalb des politischen Katholizismus; die einen wollten die prinzipielle Gegensätzlichkeit der „protestantischen Regierung“ gegenüber aufrecht erhalten, und die anderen, die Kurie und Kopp, wollten in eine neue Bahn hinein und den Frieden mit dieser Regierung haben. Die Verteilung der Rollen scheint auf den ersten Blick etwas seltsam. Und doch ist es begreiflich, und wird uns, wenn wir den Dingen etwas weiter nachgehen, den letzten Schlüssel liefern zum Verständnis dessen, was Kopp für die Umwandlung der kirchlichen Politik in Deutschland getan hat. Das Zentrum war emporgekommen im Gegensatz zu dem werdenden kleindeutschen Reiche unter preussischer Spitze. Mögen die historischen Voraussetzungen im einzelnen auch noch so zahlreich sein, so bleibt doch als Ursache der endgültigen Konsolidierung des Zentrums die Tatsache, daß die alten Führer des politischen Katholizismus in dem neu sich bildenden Reiche nicht die Freiheit und Gleichheit ihrer Konfessionsverwandten gewährleisten zu sehen glaubten, daß also der innere Gegensatz gegen die Reichsgründung, sowie die der Gang der Dinge nun einmal gebracht hatte, das *primum movens* der Einigung gewesen ist. Dagegen spricht auch nicht, daß man das kleinere Reich lieber hinnahm als die alte Zersplitterung, nachdem einmal die Würfel gefallen waren. Die geistigen und kulturellen Kämpfe, die sofort im neuen Reiche ausbrachen und dann ebenfalls in den Kulturkampf ausmündeten, verstärkten diesen Gegensatz nur um so mehr; die Gründer des Zentrums lebten sich in den Groll der Besiegten von 1866 ein und schlossen ihren Bund mit Belfen, Polen und Elßassern, ihr Führer selbst war einer der Unterlegenen von Königgrätz. Dabei wuchs die Partei — denn sie hatte ja die Märtyrer —, aber sie konnte, weil sie eine konfessionelle Minorität vertrat, nie so viel in sich aufnehmen, daß sie dadurch das ganze Reich nach ihrem Wunsche hätte umformen können. Unentwegte, prinzipientreue Naturen, wie es die alten Zentrumsführer waren, blieben darum doch auf ihrem Standpunkte beharren; aber neben ihnen kam nun die jüngere Generation empor, die nicht mehr die Romantik und den Traum der Paulskirche mitgemacht hatte, und darum auch 1866 weniger enttäuscht worden war. Und dann gab es auch feinere, geschmeidigere Naturen, welche sich aufs Paktieren mit dem Gegner und auf schrittweises Zurückgewinnen des verlorenen Bodens einlassen wollten; bei solcher Taktik konnte man mit der Macht, die man in die Waagschale zu werfen hatte, mehr anfangen. Auf diese Künste aber hatte sich die Kurie von jeher am besten verstanden. Was hatte es für einen Sinn, beständig zu protestieren, wenn man die Dinge doch nicht gewaltsam ändern konnte? Warum sollte man nicht den Staat umfassen und an ihm groß zu werden suchen, um ihn dann langsam zu wandeln? Sollte man in Berlin nie eine Stütze finden, nachdem Wien seine alte Bedeutung verloren hatte und wenn Paris bald für die Kurie außer Frage kommt! Von diesem Standpunkte aus war eine friedliche Vereinbarung mit dem neuen Reiche nur zu empfehlen, in diesem

Sinne handelten, wie wir soeben gesehen, Vatikan und Kopp bei der Beilegung des Kulturkampfes; es ist der Grundgedanke der Politik, welche Kopp verfolgte und zunächst gegen die ihm im Lebensalter vorangehende Generation der Zentrumsväter durchzusetzen hatte.

Es fragte sich nur, ob es gelingen würde, das Zentrum auf diese Bahn hinüberzuführen. Wir haben, um die Schwierigkeiten und Widerstände zu zeigen, die Vorgänge des ersten Versuches ausführlich erzählt. Er war gelungen, weil die Staatsgewalt große Belohnung bot, und auf den Willen der Staatsgewalt wird es natürlich auch in der Folgezeit gar sehr ankommen. Überhaupt soll nun nicht gesagt sein, daß Kopp allein diese Umwandlung bewirkt habe. Die Logik der Tatsachen legte sie nahe und führte auch an anderen Orten zu ähnlichen Schlüssen: im selben Jahre 1886, in dem Kopp in Preußen an einer Annäherung an den Staat arbeitete und die alten Zentrumsführer gegen ihren Willen zu einer entgegenkommenderen Haltung bringen wollte, ist es in Baden z. B. gerade ein Zentrumsführer, Lender, gewesen, der seine Parteigenossen in den gleichen kirchenpolitischen Fragen zu einer ähnlichen klugen Politik der Zurückhaltung führen wollte und darob scharfe Angriffe der „Germania“ erfahren mußte. Also Kopp ist keineswegs der einzige gewesen, der die Dinge so gesehen hat; aber seine Unermüdlichkeit hat doch am meisten dafür getan, den Klerikalismus aus der Stimmung des Kulturkampfes heraus in seine „Reichsfreundlichkeit“ unter dem vierten Kanzler zu führen. Kopp hat oft in dieser Richtung weiter zu gehen beabsichtigt, als das Zentrum ging; aber dieses fühlte sich eben durch Rücksichten auf die Stimmung der Wähler gebunden, während Kopp auch darin ganz anders dachte.

Am deutlichsten wird das alles, wenn man die Stellungnahme verfolgt, die Kopp durch sein ganzes politisches Wirken hindurch in der preußischen Polenfrage von Anfang an ohne irgendeine Wandlung eingenommen und bewahrt hat. Die Polenfrage war ja der schwerste Stein des Anstoßes zwischen Bismarck und dem Zentrum, und dieses „erregende Moment“ ist auch niemals beseitigt worden; aber man hat es doch dann zu umgehen gewußt, wenn das Zentrum einmal zur Regierungspartei zählte. Bischof Kopp dagegen ist der preußischen Polenpolitik noch erheblich näher gekommen als das Zentrum, schon bei seinem ersten Auftreten im Herrenhaus. Damals hatte Windthorst im Reichstag ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung wegen polnischer Ausweisungen zur Annahme gebracht und im Abgeordnetenhaus von vorbedachten Maßregeln gegen das Vordringen des Katholizismus gesprochen. Dem stimmte im Herrenhaus der Fürst Radziwill bei; Kopp trat dagegen auf, und wenn er sich auch nachher der Abstimmung enthielt, so war seine Rede doch auf ein Zutruuensvotum an die Regierung und jedenfalls auf eine Zurückweisung des Windthorst'schen Vorwurfes von einer Erneuerung des Kulturkampfes in anderer Gestalt hinausgekommen. Bald sollte Kopp Gelegenheit werden, noch tiefer in die Polenfrage verstrickt zu werden. Es wurde nämlich wegen seiner versöhnlichen Haltung

der Kurie von der Regierung nahegelegt, ihm den erledigten Stuhl des Fürstbischofs von Breslau zu übertragen; der glückliche Abschluß des Kulturkampfes machte Rampolla dem Wunsche geneigt, und so wurde Bischof Kopp im Oktober 1887 mit Umgehung der Vorschlagsliste des Domkapitels zum Fürstbischof ernannt — der Dank von Kirche und Staat für die eben zum Abschluß gebrachte Versöhnung. In dieser neuen Stellung trat nun gerade die Polenfrage mit den Jahren immer mehr an ihn heran. Denn nicht nur wurde das Vorrücken des Polentums im allgemeinen immer stärker; die großpolnische Propaganda griff auch gerade in seine oberschlesischen Diözesanbezirke über und fand naturgemäß in polnischen Geistlichen eifrige Förderer. Dagegen trat Kopp entschieden auf. 1903 bedrohte er die Leser der nationalpolnischen Presse in einem Hirtenbriefe mit den schwersten Strafen des Kirchenregimentes und fand in dem darauf folgenden Prozesse durchaus die Zustimmung der Zentrumspresse, für die sein Wirken nur von Vorteil sein konnte. Der Haß der Polen gegen ihn wurde mit den Jahren immer heftiger, sie nannten ihn einen gefährlichen Germanisator, der Religion und Priester in die Dienste seiner chauvinistischen Bestrebungen stelle\*). Auf der andern Seite aber verweigerte er, wieder in Übereinstimmung mit dem Zentrum, der Regierung 1908 die Gefolgschaft beim Enteignungsgesetz\*\*); wir werden indessen sehen, daß dem Fürstbischof diese Haltung doch auch noch aus einem anderen, sehr charakteristischen Grunde geboten schien.

Die neunziger Jahre sind die eigentlichen Zeiten dieser Zentrumswandlungen. In ihrem Anfange, unter Caprivi, lehnt das Zentrum die Heeresvorlage noch ab und läßt es darauf ankommen, daß die zum Ausgleich mit der Regierung bereite Minderheit ihren Austritt aus der Partei erklärt. Es ist die erste wirklich große Krisis dieses Wandlungsprozesses, und Kopp steht dabei völlig auf der Seite der zwölf Sezessionisten, von denen nicht weniger als sieben Schlesier sind und deren Führer Huene und Borsch ihm sehr nahe stehen. Unter Hohenlohe erfolgt dann allmählich die Annäherung an die Reichsregierung und die nationalen Parteien\*\*\*): Lieber und Bennigsen machen zusammen alle größeren Gesetze, besonders die Flottenvorlage, das Bürgerliche Gesetzbuch und die Reichsfinanzreform im Lieberschen Sinne. Höhepunkt und Abschluß dieser Periode bilden die Ereignisse, die mit der Palästinareise Wilhelms des Zweiten vom Jahre 1898 verknüpft sind: der deutsche Klerikalismus, der das Reich in sich einbeziehen will, tritt jetzt den Ansprüchen der französischen Klerikalen auf das altgeheiligte Protektorat Frankreichs im Orient und Rampollas Franzosenfreundlichkeit entgegen — und wieder ist Kopp der Fürsprecher für eine Annäherung des Vatikan's an den Kaiser, wenngleich auch seine diplomatische Mission scheitert.

\*) Wippermann, Deutscher Geschichtskalender 1903, Bd. I, S. 214—216; 1904, Bd. I, S. 206—209; 1906, Bd. II, S. 73—75.

\*\*) Ebenda 1908. Bd. I, S. 7—14.

\*\*\*) Vgl. Martin Spahn, Ernst Lieber. Gotha 1906. Besonders S. 46 ff.

Die konfessionelle Abneigung der Regierung gegenüber ist in diesen Lieberschen Zeiten zurückgedämmt und hat der positiven Mitarbeit an den Reichsaufgaben Platz gemacht, weil man sonst nicht im Reiche Fuß fassen konnte. Das liegt vollkommen in der Richtung der Kopp'schen Politik. Es ist damit aber nicht gesagt, daß nun dieser Verzicht auf die konfessionelle Ausschließlichkeit, wenn er aus anderen als solchen Erwägungen, nämlich aus demokratischen, erfolgte, ebenfalls die Billigung des Kardinals hätte finden müssen. Vielmehr verwarf dieser von Anfang an derartige Versuche durchaus. Die alte, aristokratische Organisation, in der die Massen nur Resonanz für die Führer waren, hatte er in die Dienste der neuen Aufgabe stellen wollen, sie den aristokratisch gefärbten Parteien der Rechten näherbringen und so allmählich auf Umwegen den modernen Staatsgedanken erweichen wollen. Und nun kam da eine neue Demokratie, welche die alten konservativen Führer wie einen Huene oder Schorlemer=Alst von sich stieß\*), und wenn sie auch zeitweise auf denselben Wegen wie Kopp wandelte, so konnte sie doch dadurch, daß sie die Massen politisch erzog und interkonfessionelle Arbeiterverbände schuf, gar nicht die Gewähr bieten, daß sie im Bunde mit dem „protestantischen Staate“ sich nicht verlor und nicht doch schließlich in ihm aufging, statt ihn für die im Geiste eines römischen Kardinals immer noch lebende päpstliche Weltmacht zurückzugewinnen. Von diesem Standpunkte aus vertrat Kopp eine Politik der Versöhnung mit dem protestantischen Preußen und mußte — ganz folgerichtig — dennoch die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften verwerfen. Sein Autoritätsgedanke konnte einer katholischen Demokratie nichts zutrauen, sein kirchlich=hierarchisches Bewußtsein verabscheute die Zentrumsopposition gegen den Episkopat, von der er selbst ja, wie wir sahen, genug erzählen konnte. Diplomat in dem Stile, wie sie nur die römische Kirche hervorgebracht, schreckte er zurück vor dem Bureaufkratismus des modernen Parteiwesens; allezeit erschien er sich als ein höheres und feineres Instrument klerikaler Politik und unterschied sich, genau wie Hertling, schon als Persönlichkeit von den Agitatoren des Zentrums. Der römische Hierarch, der die Stufenleiter vom armen Webersohn und Telegraphenbeamten bis zum Kardinal und Ritter des Schwarzen Adlerordens durchgemacht hatte, war in allem so vollkommen in die aristokratische Denk- und Lebensweise eingegangen, daß jedermann sich über die weltmännische Sicherheit, mit der er sich in den höchsten Kreisen dieser Erde zu bewegen verstand, wunderte. So konnte er auch politisch der Führer des aristokratischen Großgrundbesitzertums seines katholischen Schlesiens werden: hat er doch mit besonderer Berufung auf die möglichen gefährlichen Konsequenzen für die Existenz des Großgrundbesitzes die polnische Enteignungsvorlage abgelehnt! Er hat zwar sozialpolitisch manches geleistet — so berief ihn das kaiserliche Vertrauen

\*) Die Wendung des Zentrums zur demokratischen Form fand damals ihren entschiedensten publizistischen Widersacher in F. X. Kraus („Spectatorbriefe“, Weil. zur Allg. Stg., besonders 1895, Nr. 211 u. 1897 Nr. 247).

1890 in die internationale Arbeiterschutzkonferenz —, aber seine Stellung in der Gewerkschaftsfrage ist doch auch von sozialpolitischen Bedenken gegen die „Kölner“ getragen.

Seine Gegnerschaft gegen diese wuchs mit der Zeit. So hat er die Ausbreitung des „Volksvereins“ in Schlesien nach Möglichkeit gehindert, so ist er dann auch gegen die christlichen Gewerkschaften vorgegangen, die sich keine geistlichen Beeinflussungen ihrer Einzelmaßnahmen bei der Vertretung der Arbeiterinteressen gefallen lassen wollten und selbst Streiks auf eigene Hand unternahmen; von Kopp ging das Wort vom „verseuchten Westen“ aus. Die Einzelheiten sind noch in frischer Erinnerung und eignen sich kaum schon zu einer wissenschaftlichen Erörterung. Für unsern Zusammenhang kommt nur noch die eine Tatsache in betracht, daß dieser Streit im Zentrumslager von einer Spaltung zwischen dem Episkopat selbst begleitet war, wie zuletzt noch der vielbesprochene Kopp'sche Brief vom 21. Januar dieses Jahres bewies. Man hat daraus den Schluß gezogen, die Kopp'sche Stellungnahme sei aus einem Konkurrenzgeföhle dem Erzbischof Fischer von Köln gegenüber zu erklären und habe sich dann erst gegen dessen Schützlinge, die Gewerkschaften, gerichtet: Kopp habe den persönlichen Ehrgeiz besessen, Primas in Deutschland zu werden. Dazu ist doch zu bemerken, daß dieser Fürstbischof von Breslau durch seine Persönlichkeit innerhalb der deutschen Kirche schon an sich zu größerem Einfluß gelangt ist als irgendein Kölner Erzbischof seiner Zeit. Das war etwas Neues. Solange es eine katholische Kirche in Deutschland gibt, hatten ihre Geschicke immer an dem Krummstab des Erzbischofs von Köln gehangen; dort war die altera Roma. Nur die jüngste Evolution des politischen Katholizismus in Deutschland, die wenigstens tatsächliche Hinwendung zum Staate, war, wenn überhaupt eine Persönlichkeit genannt werden kann, vom Fürstbischof von Breslau ausgegangen, von diesem lebensklugen und weltgewandten Taktiker, der kein Eiferer war und doch immer die letzten Ziele der Zukunft scharf im Auge behielt. Unwillkürlich denkt man da an einen anderen Fürstbischof von Breslau und seine freundschaftlichen Beziehungen zum preußischen Staate, an das Verhältnis Diepenbrocks zu Friedrich Wilhelm dem Vierten. Und doch welcher Unterschied! Hier war nur romantische persönliche Hinneigung ohne praktische Konsequenz; gelenkt wurden die Dinge durch die Willenskraft des Erzbischofs Geißel von Köln. Dort dagegen verkörpert der Fürstbischof, mehr als irgendein anderer seiner Zeitgenossen, ein Stück Geschichte, eine ganz bestimmte und auch unser heutiges öffentliches Leben wesentlich beeinflussende politische Entwicklung.

